

Rede Plenum – KJJ
20.04.2005
TOP: „Im Saarland aktiv gegen Feinstaub“

Herr Präsident!

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

Durch die Umsetzung der Richtlinie 1999/30/EG der Europäischen Union wurden neue Immissionsgrenzwerte festgelegt, die seit 1.1.2005 gelten. Ziel dieser Richtlinie ist die Verbesserung der Luftqualität. Durch die Festlegung von

1

Grenzwerten für Feinstaub sollen sowohl die Umwelt als auch die menschliche Gesundheit geschützt werden.

Besonders gesundheitsschädlich ist vor allem derjenige Feinstaub, dessen Partikelgröße kleiner als 10 Mikrometer ist. Das ist ein Millionstel Meter. Dieser Feinstaub verursacht Herz-Kreislauf- und Lungenerkrankungen, und er ist krebserregend.

Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen der Weltgesundheitsorganisation verkürzt die hohe Feinstaubbelastung die Lebenserwartung in Deutschland im Durchschnitt um rund zehn

Monate. Staubpartikel führen nach Untersuchungen der EU europaweit zu bis zu 310.000 Todesfällen im Jahr.

Nach Angaben der Charité in Berlin sollen in Deutschland durch Feinstaub rund 65.000 Menschen vorzeitig gestorben sein.

Zum Schutz der Menschen ist die Politik hier zum Handeln verpflichtet. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen wie unsere Städte immer mehr zu einem Gesundheitsrisiko werden.

Seit 1990 gingen die Gesamtstaubemissionen in Deutschland um über 80% zurück. Ähnlich positiv ist die Situation auch im

3

Saarland. Jedoch nehmen seit 2001 die Emissionen aus dem Straßenverkehr, vor allem durch den Zuwachs an Dieselfahrzeugen wieder zu. Dies hat der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen in einem Gutachten aus dem Jahr 2004 festgestellt. Mit bis zu einem Drittel ist der Diesel-Kraftfahrzeugverkehr für diese Belastung der Luft verantwortlich.

Der Einbau von Rußpartikelfiltern in Dieselfahrzeuge ist also ein wichtiger und richtiger Beitrag zur Verbesserung

4

der Luftqualität, und damit zur Einhaltung der von der EU definierten Schadstoffgrenzwerte.

Die derzeitige Bundesregierung hat es in der Vergangenheit versäumt, darauf hinzuwirken, dass Rußfilter in Dieselfahrzeuge eingebaut werden. Das ändert allerdings nichts daran, dass auch viele Akteure in der Wirtschaft die Zeit verschlafen und den Kopf in den Sand gesteckt haben. Es war ausreichend Zeit, sich rechtzeitig auf die neuen Grenzwerte einzustellen. Während andere Hersteller bereits seit einigen Jahren serienmäßig Pkw mit Rußfilter anbieten, sind solche Techniken

hierzulande vielfach noch aufpreispflichtig und gar nicht für alle Modelle zu bekommen.

Die frühzeitige Förderung ist auch an dem Widerstand aus der Automobilwirtschaft gescheitert. Wieder einmal zeigt sich, wie eine Missachtung ökologischer Notwendigkeiten dazu führt, dass es am Ende sogar zu Markteinbrüchen kommt, weil die Firmen die Zeichen der Zeit verkannt haben. Um den Einbau von Rußfiltern in Diesel-Kraftfahrzeuge so schnell wie möglich zu erreichen, müssen die notwendigen steuerlichen Anreize geschaffen werden. Da gegenüber der EU der Bund in der

politischen Verantwortung steht, hat der Bund auch dafür zu sorgen, dass hier einheitliche Standards eingeführt werden, die die finanzielle Last nicht nur den Ländern aufbürdet.

Im Hinblick auf die Haushaltslage des Saarlandes können wir es uns wahrlich nicht leisten, die Förderung der Rußfilter alleine zu schultern. Deshalb fordern wir die Landesregierung dazu auf, sich im Bundesrat für eine einheitliche und aufkommensneutrale Regelung zur Einführung von Rußfiltern einzusetzen.

7

Feinstaub ist aber nicht nur ein gesundheits- bzw. umweltpolitisches, sondern auch ein wirtschaftspolitisches Thema. Was die Produktion von Filtern angeht, steht die saarländische Automobilzulieferindustrie bereits in den Startlöchern. Die Unternehmen warten nur noch auf den Startschuß der Politik. Mit einer steuerlichen Förderung stärken wir das Autoland Saarland. Im Hinblick auf die saarländische Automobilzulieferindustrie gibt dies neue Impulse. Wir schaffen damit die Grundlage für mehr Wachstum und damit auch für

8

mehr Arbeitsplätze. Allerdings müssen alle Länder mitziehen und dürfen steuerliche Änderungen nicht blockieren.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir haben hier die einmalige Chance verantwortungsvolle Gesundheits- und Umweltpolitik mit der Förderung des saarländischen Mittelstandes zu verbinden. Lassen sie diese Chance nicht ungenutzt.

Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit.